

Uni-Finanzierung: Basler Regierung muss Lead übernehmen

«So geht es nicht weiter», hat Uniratspräsident Beat Oberlin klar gemacht. Basel-Stadt muss dringend Optionen prüfen.

von Claude Bühler



Kollegienhaus Universität Basel. Bild: Claude Bühler

Beat Oberlin hat es gewagt. In der Endphase der heiklen bikantonalen Verhandlungen zwischen den Trägerkantonen Baselland und Basel-Stadt ging der Uniratspräsident in die Offensive und

stellte vergangene Woche im Prime News- [Interview](#) klar, dass seine Hochschule unter den dauernden Spar-Debatten leidet.

Dass nicht alle vier Jahre über Selbstverständliches diskutiert werden kann. Stichworte: Strategie und Planungssicherheit. Dass der Blick weg vom Parlamentsgezänk konsequent in die Zukunft zu richten ist.

Und die sieht so aus: China und die USA investieren massiv in ihre Universitäten. Der Schweiz droht EU-politisch das Forschungs-Offside. Und falls die Pharma etwa in Boston wissenschaftlich das geeignetere und weniger komplizierte Umfeld erkennt, dann zieht sie weitere Forschungs-Einheiten von Basel ab.

Das ist die Flughöhe der Diskussion. Es geht mit Blick auf die nationale Bedeutung der Basler Pharmaindustrie um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent an den Gesamtexporten ist die Pharmabranche die wichtigste Exportbranche der Schweiz, wie der Branchenverband Interpharma kürzlich festhielt.

An der Lage der beiden Basel ändert sich nichts

Elisabeth Schneider-Schneiters [Postulat](#), die beiden Basel sollen einen modus vivendi finden, aber klar doch! Wer jedoch in den Jahren retour googelt, findet eine Geschichte des bikantonalen Dauerzanks vor – in der übrigens auch schon der vorherige Uniratspräsident Ueli Vischer öffentlich mit einer Forderung nach mehr Geld intervenierte.

Tatsache ist: Die Universität beginnt das Jahr 2025 mit einem zweistelligen Millionendefizit. Man greift die Reserven an.

«Wenn die Positionen zu weit auseinanderliegen, dass der Stärkere sich vom Schwächeren aufgehalten und der Schwächere sich vom Stärkeren bedroht fühlt, dann ist das keine gute Voraussetzung für eine tragfähige Partnerschaft auf Augenhöhe. Darunter leidet auch die Uni», so Oberlins bikantonaler Befund.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass sich an dieser Lage absehbar auch nur das Geringste ändert. Aber: Daran sollte man sich nicht gewöhnen.

Deshalb ist für die Politik in Basel-Stadt Oberlins Vorstoss in Richtung verstärkter Bundesfinanzierung (vielleicht auch bereichsbezogen?) und finanzieller Kostenbeteiligung der Nicht-Trägerkantone nicht bloss eine bedenkenswerte Option, sondern als Ziel eine dringende Notwendigkeit. Wie die Bundespolitikerinnen Sarah Wyss und Katja Christ im Prime News-Artikel [erkennbar](#) machen, wäre auch im günstigen Falle wohl an beiden Fronten mit einem jahrelangen Prozess zu rechnen.

Zusätzliche OECD-Millionen: Im globalen Wettbewerb bestehen

Ein Nachdenken über einen baselstädtischen Alleingang zum Abbau der «Reibungsverluste», wie es Ex-Landrat Klaus Kirchmayr in der BaZ formuliert hat, ist derweil nicht verboten, sondern geboten. Basel-Stadt hat das Geld und auch wirklich die Absicht, die Uni ohne Wenn und Aber zu tragen. Der Kanton hat mit der Pharma, die den Wohlstand sichert, und der Uni, die dazu das Umfeld schafft, auch die strukturelle Notwendigkeit.

Wenn sich Basel-Stadt nicht dauernd gegen Spar-Vorstösse aus dem Land wehren muss, dann ist vielleicht auch eine entspanntere, inhaltliche Diskussion über die Inhalte und die Identität möglich. Das kann nur sehr schwer partnerschaftlich mit einem Kanton gelingen, dessen wählerstärkste Partei den Univertrag kündigen will und dessen öffentliche Botschaft bezüglich der Universität aus einem Wort besteht: Sparen.

Klaus Kirchmayrs Vorschläge – Basel-Stadt übernimmt allein die Uni, die Landschaft im Gegenzug die FHNW und vielleicht auch das Swiss TPH – liefern eine Denkrichtung. Es muss nicht die einzige bleiben.

Basel-Stadt tut mit Blick auf den globalen Wettbewerb gut daran, Prioritäten zu setzen. Die zusätzlichen OECD-Millionen wären verstärkt für die Forschung und in die Wettbewerbsfähigkeit

am besten investiert. Eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Mindeststeuer wäre Voraussetzung dafür.